



Interviews

Datum: 10. August 2025

Gudula Geuther im Gespräch mit Felix Banaszak, Ko-Vorsitzender Bündnis 90/Die Grünen

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Geuther: ... mit Gudula Geuther und mit Felix Banaszak dem Co-Vorsitzenden von Bündnis90/Die Grünen, der mir in unserem Hauptstadtstudio gegenüber sitzt, am Freitagmorgen, an dem wir aufzeichnen. Hallo, Herr Banaszak.

Banaszak: Ja, Guten Morgen.

Geuther: Herr Banaszak, Frauke Brosius-Gersdorf, Kandidatin für das Amt einer Richterin des Bundesverfassungsgerichtes, hat gestern zurückgezogen. Sie stehe nicht mehr zur Verfügung, hat sie geschrieben, weil es keine Aussicht auf Erfolg mehr gebe, weil die CDU/CSU-Fraktion sie nicht wählen werde. Sie war nicht Ihre Kandidatin, also nicht Kandidaten der Grünen, sondern der SPD, aber Sie wollten sie mittragen. Wie bewerten Sie ihren Schritt?

Banaszak: Ihren Schritt kann ich natürlich jetzt erstmal nur mit Respekt zur Kenntnis nehmen. Aber, dass dieser Schritt notwendig wurde, finde ich ziemlich ungeheuerlich. Weil, was die CDU/CSU-Fraktion da mit ihr veranstaltet hat, also sie erst im Richteramtswahlausschuss zu wählen, damit ja auch das Zeichen zu geben, diese Kandidatur hat hier Unterstützung – dadurch ist sie ja auch in die Öffentlichkeit gekommen –, und dann sie – ja – so fallen zu lassen, das wäre ja fast vorsichtig gesagt, mit falschen Anschuldigungen zu Plagiatsvorwürfen zu diskreditieren, damit ja nicht nur ihre mögliche Rolle als Verfassungsrichterin, sondern als Juristin, als Verfassungsrechtlerin im Grundsatz in Frage zu stellen, sie einmal von rechten Kampagnen sturmreif schießen zu lassen und dann darauf zu spekulieren, dass die zurückzieht. Also, in dem Sinne ja, die Union und die Unionsführung hat ihr Ziel erreicht, aber es ist wirklich bitter und es ist ein riesiger Schaden, der da für das Verfassungsgericht entstanden ist, und ich glaub auch, eigentlich für unsere Demokratie im Gesamten. Denn wer stellt sich denn zukünftig noch, mit einer vielleicht auch kontroversen Position, für eine solche Aufgabe zur Wahl, wenn man befürchten muss, dass die Kanzlerpartei so mit einem umgeht?

Geuther: Dabei ging es ja aber in der Diskussion um diese Kandidatin durchaus um Themen, die Bürger bewegen können, gerade konservative Wähler: Impfpflicht, AfD-Verbot, Abtreibung. In den USA ist es ja gang und gäbe, dass Kandidaten für das höchste Gericht gerade auf neuralgische Punkte durchgecheckt, befragt, bewertet werden. Warum ist das kein Vorbild für Deutschland?

Banaszak: Sie hat ja durchaus angeboten, sich der Unionsfraktion vorzustellen und ihre Positionen zur Debatte zu stellen. Und man muss sagen, dass, was sie zum Bereich Abtreibung sagt und zum Selbstbestimmungsrecht von Frauen, entspricht dem, was 75, 80 Prozent der Bevölkerung denken, nämlich, dass die bisherige Praxis im Grundsatz erhalten bleibt, aber eben nicht mehr nur straffrei, aber eigentlich illegal, sondern sozusagen aus dem Strafgesetzbuch heraus. Aber sie schlägt ja keine Änderung, bis zum letzten Tag der Schwangerschaft Ableitung zu ermöglichen oder Ähnliches vor. Und insofern finde ich diese Instrumentalisierung dieser Frage einigermaßen schäbig. Das hat mit einer sachlichen Diskussion nichts zu tun. Und dass sie so, wie große Teile der Bevölkerung, in der Pandemie eine Impfpflicht befürwortet hat, ist auch kein Grund, ihr den Zutritt zu einer solchen Position zu verwehren. Und das Verfassungsgericht hat in Deutschland bisher immer es geschafft, unterschiedliche Positionen auszuhalten und genau daraus ja seine Stärke zu beziehen. Also, wenn Verfassungsrechtlerinnen und Verfassungsrechtler mit unterschiedlichen Herangehensweisen miteinander diskutieren, ist vermutlich die Rechtsprechung besser, als wenn das ein Mainstreaming ist. Und es ist ja alles vollkommen im Rahmen. Und insofern, ja, der Vergleich zu den USA ist passend, denn es findet eine zunehmende Politisierung der Rechtsprechung statt, nach Vorbild der USA. Und das ist eine hochgefährliche Entwicklung, von der ich eigentlich gedacht hätte, dass wir da in Deutschland nicht hinkommen.

Geuther: Sie haben gerade das Wort „Instrumentalisierung“ genannt, Sie haben vorher von „Kampagne“ gesprochen. Es waren ja nicht nur rechtsgerichtete Medien, es war auch zum Beispiel die Katholische Kirche, die eine wesentliche Rolle gespielt hat in dieser Auseinandersetzung. Wie kann man, wie kann „Mitte der Gesellschaft“ verhindern, dass so ein Vorgehen Erfolg hat?

Banaszak: Ich hätte die Erwartung, dass eine Partei, die sich selbst als Stabilitätsanker der Mitte versteht, nämlich die CDU und die CSU eine größere Resilienz gegenüber solchen Kampagnen hat. Es mag ja sein, dass es auch durchaus berechtigte Zweifel an ihr gegeben hat, aber ich war jetzt die letzten zwei Wochen ja insbesondere in den ostdeutschen Ländern unterwegs und habe da häufig Geschichten gehört, mit welcher Selbstverständlichkeit Unionspolitikerinnen und -politiker dort eigentlich die Nähe zur AfD suchen. Und das ist nichts, was ich jetzt Friedrich Merz unterstellen möchte, aber ich hoffe, dass die Union die Kraft findet, sich gegenüber dieser Entwicklung anders aufzustellen, aber ich habe da wirklich Sorgen gerade.

Geuther: Das sind Fragen, die wir auch mit der Union nochmal diskutieren müssen. Reden wir da nochmal über die Grünen in dem Zusammenhang. Sie haben ja eine Rolle in dem weiteren Verfahren. Ohne Sie gibt es keine Zweidrittelmehrheit, ohne Sie keine Wahl – zumindest nicht, wenn die AfD außen vor bleibt. Wie kann es in dem Verfahren aus Ihrer Sicht weitergehen?

Banaszak: Ich will da gerade nicht öffentlich spekulieren, denn der Schaden, der ja nicht nur für Frau Brosius-Gersdorf, sondern auch für die anderen beiden Kandidaten entstanden ist, ist ja jetzt schon groß. Also, dass in dieser Situation, als die Frage war, wie geht es mit ihr weiter, die CSU öffentlich darüber spekuliert hat, könnten sich nicht auch die anderen beiden, also Frau Kaufhold und Herr Spinner zurückziehen, obwohl die ja gar nicht Teil der Debatte waren, einfach als Form von politischem Kuhhandel, habe ich mich gefragt, nimmt eigentlich irgendjemand bei denen noch ernst, dass das Leute sind mit einer Reputation, die doch auch ein Anrecht darauf haben, dass vernünftig mit ihnen umgegangen wird, wenn sie für so eine Aufgabe nominiert werden? Und deswegen werde ich mich jetzt nicht an solchen öffentlichen Spekulationen beteiligen. Es ist offensichtlich, dass jetzt der Richterwahlausschuss dann neu zusammenkommen muss. Aber ich will noch einmal daran erinnern, dass das, was hier gerade passiert, ein eklatanter Bruch mit einer eingeübten Praxis über Jahrzehnte ist – also eine solche Politisierung des Verfassungsgerichts hat es bislang nicht gegeben. Da waren Richterwahlen sozusagen Standardvorgänge im parlamentarischen Ablauf. Und ich weiß nicht, wer sich zukünftig eigentlich noch einer solchen Situation ausliefern möchte. Weil, man muss ja befürchten, dass das nicht nur jetzt Einfluss darauf hat, wie kann eine solche Arbeit im Verfassungsgericht laufen, welche Legitimation hat das Verfassungsgericht eigentlich noch, solche Entscheidungen zu treffen, wenn man weiß, wie die Menschen dorthin entsandt werden. Also insofern, das wird jetzt zu klären sein zwischen den Fraktionen. Die Union hat da in meiner Wahrnehmung einiges an Scherben einzukehren.

Geuther: Im Interview der Woche im Deutschlandfunk, mit Felix Banaszak, dem Co-Vorsitzenden der Bündnisgrünen, haben Sie, Herr Banaszak, eben schon Ihre Sommertour unter anderem und vor allem in die ostdeutschen Bundesländer genannt. Das war ja kein Zufall. Man kann sagen, dass in den neuen Bundesländern, abgesehen von Berlin-Ost, die Grünen regelrecht abschmieren. Sie haben da der Partei jetzt mehr Bewusstsein verordnet, mehr gesamtdeutsches Denken. Lässt sich sowas verordnen?

Banaszak: Verordnet habe ich es nicht, aber ich habe dafür geworben, dass wir etwas ändern. Weil, wenn man in den letzten Jahren die Fünfprozenthürde häufiger von unten als von oben betrachtet, dann ist ja etwas zu tun. Und die Idee, dass einfach unsere ostdeutschen Landes- und Kreisverbände das Problem alleine lösen und der Westen des Landes, der Westen der Partei guckt auf den Osten, wahlweise mit freundlichem Desinteresse oder so einem Gruselfaktor, wenn mal wieder eine Landtagswahl war, bei der die AfD so stark abgeschnitten hat, das kann ja keine Option sein. Und jetzt bin ich selbst westdeutsch sozialisiert, durch und durch, ein Kind des Ruhrgebiets – also viel tiefer im Westen kann man eigentlich gar nicht aufwachsen – und habe ja für mich selbst festgestellt, dass ich da Nachholbedarf habe. Sowohl was ein Wissen um unsere Geschichte als Partei Bündnis 90/Die Grünen – ich meine, wir sind die Einzigen, die den Osten im Namen haben –, als auch was die spezifischen Herausforderungen in den ostdeutschen Ländern angeht. Und ich bin der Frage nachgegangen, warum stoßen wir denn da auf mehr Ablehnung als im Westen? Und mein Gefühl ist, es tut uns gut, uns dieser Debatte zu stellen.

Geuther: Zum Beispiel, weil Sie selbst sagen, Sie würden zu Recht als westdeutsche Elitenpartei wahrgenommen?

Banaszak: Nicht zu Recht, vor allem nicht als Elitenpartei, aber natürlich sind Bündnis 90/Die Grünen wie jede andere Partei in einem Land, das zu Fünftel aus Westdeutschen besteht, westdeutsch dominiert. Also, wir haben bei uns im Bundesvorstand im Prinzip die Normalverteilung abgebildet. Aber das führt halt eben auch dazu, dass die Perspektiven von fünf Bundesländern nicht per se gleichermaßen präsent sind. Und das will ich ändern und das sollten wir ändern. Und das kann nicht alleine dadurch passieren, dass man jetzt über Quoten nachdenkt und sich fragt, hält man einzelne Plätze vor, sondern dann muss es doch auch die Aufgabe von Westdeutschen sein, sich ostdeutschen Realitäten, Biografien, Erfahrungen zu öffnen. So, wie ich von weißen Menschen erwarte, dass sie sich auch mit Rassismus auseinandersetzen. So, wie ich von Männern erwarte, dass sie sich auch für Gleichberechtigung interessieren.

Geuther: Und diese anderen Biografien, diese teilweise anderen Positionen, haben ja einen Grund. Es hat viel Wandel gegeben in den vergangenen Jahrzehnten, es hat Biografiebrüche gegeben, Arbeitslosigkeit, Rentenversprechen galten nicht mehr. Da kommen Sie jetzt mit Ruptur, mit Klimawandel, Klimaschutz, Transformation.

Banaszak: Das ist in der Tat die Herausforderung. Ich habe selbst manchmal gedacht, durch meine Erfahrungen im Ruhrgebiet – wir haben auch Strukturwandel erlebt, gar nicht mal so wenig – hätte ich ein ganz gutes Gespür und muss natürlich jetzt auch nach einigen Gesprächen merken, die Situation ist da überhaupt nicht vergleichbar. Das war mir auch vorher bewusst, aber natürlich sind diese Eindrücke jetzt noch mal präsenter. Bündnis 90/Die Grünen ist eine Partei, die für Wandel und für Veränderung steht – ich glaube, wie keine andere. Und ich hielte es für einen großen Fehler, wenn wir jetzt das sozusagen aus Hasenfüßigkeit ändern würden und in den Chor derer einstimmen, die sagen, die Welt verändert sich, aber keine Sorge, ihr bekommt davon nichts mit, alles kann bleiben, wie es ist. Das passiert einfach nicht, und das wäre auch ein Fehler. Aber in der Tat, wir haben in den letzten Jahren einige Geschichten des Wandels, vielleicht etwas, ich will nicht sagen naiv, aber einseitig erzählt. Im Sinne von, super, alles wird anders, wir bauen unsere Industrie um, dann wird sie erstens klimaneutral und zweitens kann sie bestehen bleiben, mit grünen Ideen, schwarze Zahlen schreiben und, und, und. Und in einer Gesellschaft, in der die blühenden Landschaften gar nicht gekommen sind, die versprochen wurden, sondern eben genau die Erfahrung von Massenarbeitslosigkeit, von damit ja auch Verlust von Identität, die ganzen kulturellen Fragen, ganze Lebensläufe, Biografien – zumindest ist die Wahrnehmung – wurden mit einem Handstreich abgewickelt. Da muss man an manchen Stellen vielleicht etwas nicht, sozusagen, weniger ambitioniert, aber empathischer in die Auseinandersetzung gehen.

Geuther: Ja, Stichwort „empathischer“ – wie weit ernten Sie jetzt die Früchte Ihrer Arbeit als Regierungspartei in der Ampelkoalition? Natürlich mit dem Heizungsgesetz, aber darüber hinaus auch, zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung, mit viel Technokratie, Klein-Klein, wenig Verständnis für Alltagsorgen?

Banaszak: Das ist die Wahrnehmung, das nehme ich sehr ernst. Und vermutlich ist in jeder Wahrnehmung irgendwo auch ein realistischer Kern. In der Zeit, bevor wir Teil dieser Ampelregierung waren, sind die Grünen damit verbunden worden, jeder wusste, wofür wir stehen, inhaltlich klares Profil und gleichzeitig so ein Eindruck von, die hören zu, die sind interessiert am Austausch, Diskurs-offen, auf Augenhöhe, Leute, mit denen man gern mal ein Bierchen trinken will. Und in dieser Regierungszeit hat sich beides ja leider ein bisschen ins Gegenteil gedreht. Das inhaltliche Profil war an manchen Stellen nicht mehr so ganz klar. Wir wissen aus den Nachwahlbe-

fragungen, Leute wussten zur Bundestagswahl in ökologischen Fragen, bei der Migrationspolitik, in den Verteilungsfragen nicht genau, wofür wir eigentlich stehen und wofür nicht. Und gleichzeitig sind wir doch wieder als von oben herab, als Bevormundungs-, als, ja, irgendwie ideologische Gruppe wahrgenommen worden. Und vielleicht waren es einzelne Gesetze, vielleicht war es die ganze Auseinandersetzung in der Koalition, viel Streit, den wir da miteinander führen mussten. Und wenn man so viel miteinander streitet, dann wird man irgendwann auch unerbittlich, und die eigene Position wird immer deutlicher nach vorne gesetzt, die Suche nach Konsens ist nicht mehr ganz so klar. Also, natürlich, das hat etwas mit der Regierungszeit zu tun, und es hat umgekehrt auch etwas damit zu tun, dass wir gegenüber den Kampagnen, die gegen uns gefahren wurden in der Zeit, einfach sehr wenig wehrhaft aufgestellt waren. Weil, wenn ich jetzt das Gebäudeenergiegesetz angucke, es gibt, glaube ich, sehr berechtigte Vorbehalte gegen einzelne Überlegungen dahinter.

Geuther: Eben gerade, was Alltagsorgen betrifft, gerade was Abfederung betrifft.

Banaszak: Genau. Und wenn ich vielleicht das ganz holzschnittartig zusammenfassen darf, warum es aus meiner Sicht in den ostdeutschen Ländern auf mehr Vorbehalte gestoßen ist. Es gibt andere Vermögensverhältnisse. Viele Gebäude, gerade in den ländlichen Regionen, sind auf einem anderen Sanierungsstand. Diese historische Erfahrung von, der Staat sagt mir, was ich zu tun habe, wirkt stärker nach, eine grundsätzliche Skepsis gegenüber diesem Wandel. Und ich meine, wir haben ja den Begriff der Wärmewende benutzt, da steckt auch Wende drin, und natürlich stößt das auf etwas. Und umgekehrt – wenn ich eines dazu noch sagen darf –, natürlich gab es zu relevanten Teilen auch eine interessen geleitete Kampagne. Also, wenn man der Gaswirtschaft die frohe Kunde übermittelt, liebe Leute, passt auf, demnächst nutzen wir euer Gas gar nicht mehr, sondern wir heizen dann mit Wärmepumpen und elektrischem Strom, stellt euch schon mal drauf ein, dass die dann nicht sagen, ach super, vielen Dank für die Info, dann können wir uns darauf vorbereiten, sondern vielleicht auch sagen, guckt wir doch mal, wie weit ihr kommt – das haben wir unterschätzt.

Geuther: Und das ist aber auch politische Auseinandersetzung. Das, was Sie aber ansprechen, dass Leute teilweise nicht mehr wussten, wofür die Grünen stehen, das betrifft ja nicht nur den Osten, das betrifft nicht nur Wähler, sondern das betrifft zum Teil auch die eigene Partei. Ich will jetzt gar nicht darauf eingehen, dass schon wieder ein Teil der Führung der grünen Jugend aufgibt – diesmal Jette Nietzard, Co-Vorsitzende. Wie immer da der Stil der Auseinandersetzung gewesen sein mag, er steht vielleicht eben doch für mehr, für das Unwohlsein von Vielen in ihrer Partei, denen eine Robert-Habeck-geprägte Partei viel zu konsensorientiert, für grüne Verhältnisse konservativ im Kurs gefahren ist. Hören Sie das nicht?

Banaszak: Ich teile nicht, dass das der Hintergrund für die Entscheidung von Jette Nietzard ist.

Geuther: Gut, das ist sicherlich vielgestaltig.

Banaszak: Das ist mir immer mal wieder begegnet, und da gehe ich einfach nicht mit. Also, da gibt es sicherlich andere Gründe und über die ist viel gesprochen worden. Aber natürlich nehme ich ernst, dass Menschen sich bei uns fragen, halten es die Grünen eigentlich auch mal aus, im Wind zu stehen? Und wie geht eine Partei eigentlich damit um, wenn der Zeitgeist sich wandelt? Denn das ist ja einfach in den letzten Jahren passiert. Als wir 2019, 2021 unterwegs waren, war es ja in Wahlkämpfen teilweise so, man steht da, Leute kommen vorbei und sagen, ach, Sie sind bei den Grünen, darf ich Ihnen noch ein Stück Kuchen mitbringen. Danke, dass Sie so tolle Arbeit machen. Und innerhalb von wenigen Jahren hat sich in den ökologischen Fragen der Wind gedreht. Klimaschutz ist gerade nicht mehr Thema Nummer eins, sondern fünf, sechs, sieben. Viele akute Krisen haben Anderes überlagert.

Geuther: Auch Sie selbst haben, bis auf die letzten zwei Wochen vielleicht, nicht mit Klimaschutz Wahlkampf gemacht?

Banaszak: Ich höre das immer wieder und natürlich schauen wir uns an, wo wir andere Prioritäten hätten setzen können. Aber ich will schon offen beschreiben, wie meine Interviews in diesem ganzen Wahlkampf verliefen. Die ersten 25, 30 Minuten waren: Herr Banaszak, Migration, Migration, Migration, Sicherheit, Sicherheit, Migration, Aschaffenburg, Magdeburg, Migration. Und dann, nach 25 Minuten kam die Frage, Herr Banaszak, warum ist denn Klimaschutz eigentlich kein Thema in diesem Wahlkampf? Und ich habe mich gefragt, waren Sie eigentlich die letzten 30 Minuten im gleichen Raum wie ich? Und insofern, ja, die ökologischen Fragen – und es ist ja nicht nur Klima, es ist ja auch die Frage einer intakten Natur, einer Umwelt, in der wir unsere, in der wir nicht immer weiter Vermüllung, Ressourcenverschwendung und alles Mögliche erleben – haben in diesem Wahlkampf keine große Rolle gespielt. Aber ich weigere mich wirklich in aller Härte und Deutlichkeit, die Aufgabe anzunehmen, dass Bündnis 90/Die Grünen diejenigen sind, die dieses Thema immer in die Debatte bringen müssen. Ich bin gestern oder, weiß nicht, vor ein paar Tagen wieder gefragt worden, was haben denn die Grünen falsch gemacht, dass Klima nicht mehr Top-Thema ist? Ja, solange wir glauben, dass die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlage Spezialhobby von Bündnis 90/Die Grünen ist, werden wir vermutlich dieser Menschheitsherausforderung nicht gerecht werden.

Geuther: Das mag sein. Nur, Sie sagen jetzt gleichzeitig, als Teil der Neuaufstellung, Sie wollen mehr Grün, und Sie beklagen gleichzeitig, dass Sie darauf reduziert werden.

Banaszak: Nein, ich beklage nicht, dass wir auf die Klima- oder auf die ökologische Politik reduziert werden. Ich glaube, das ist auch nicht der Fall. Sondern ich ärgere

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

mich, dass in diesem Land es sich so eingebürgert hat, dass wir die Einzigen sind, die sich darum kümmern sollen. Und das nehme ich nicht an. Oder doch, ich nehme es an – wenn das die Erwartung ist, wir machen das. Markus Söder umarmt Bäume, wenn es ihm passt, und ansonsten umarmt er Atomkraftwerke. Wir sind da konsequenter. Und ich glaube, diese Konsequenz, diese Klarheit im Profil, davon braucht es wieder mehr. Das bedeutet, Leute sollen wieder wissen, wofür wir stehen: für eine ambitionierte ökologische Politik, für Umwelt, Natur und Klimaschutz. Wir stehen dafür, dass dieses Land gerechter wird. Und das bedeutet, dass es nicht akzeptabel ist, dass auf der einen Seite es immer mehr Armut gibt und auf der anderen Seite der Reichtum Einzelner ins Unermessliche steigt. Wir stehen dafür, dass investiert wird, aber tatsächlich in die Zukunft. Deswegen haben wir der Regierung Geld zur Verfügung gestellt, das sie jetzt gerade ankündigt, nicht vernünftig auszugeben.

Geuther: Kommen wir gleich zu.

Banaszak: Und insofern, ja, Klarheit ist in meiner Wahrnehmung der Weg nach oben wieder. Nur darf man Selbstbewusstsein auch nicht mit Selbstgerechtigkeit verwechseln. Und deswegen muss es unser Ziel bleiben, für diese klaren Inhalte mehr Menschen zu gewinnen, sich nicht in die Nische drängen zu lassen, Menschen zu überzeugen, die sich als mittig-bürgerlich, wie auch immer, wahrnehmen, und im Gespräch und im Diskurs zu bleiben, wie denn diese Ziele so erreicht werden können, dass sie eben nicht als Gefahr, sondern als Chance gesehen werden.

Geuther: Aber es gibt nun mal im kommenden Jahr fünf Landtagswahlen in sehr unterschiedlichen Orten. Im sehr konservativen Baden-Württemberg, drei im Osten, über den wir schon geredet haben, eine darüber hinaus in Berlin, wo der Landesverband sehr links tickt. Da kann ja Grün nicht überall dasselbe heißen?

Banaszak: Das ist so. Und diese Pluralität sollten wir auch zulassen. Cem Özdemir muss in Baden-Württemberg einen anderen Kurs fahren, als es dann Werner Graf in Berlin tun wird. Und das hat auch unsere volle Unterstützung. Wobei natürlich es auch in Baden-Württemberg Unistädte gibt, und in Freiburg war die Linke bei der Bundestagswahl bei 17 Prozent. Mein Interesse ist, dass wir davon auch Einiges wieder zurückgewinnen. Das ist auch die Grundlage dafür, dass man am Ende sein Wahlziel erreicht.

Geuther: Aber wenn Sie sagen, Sie lassen die Pluralität zu, ist das nicht wieder der Punkt, dass Leute da nicht wissen können, wofür die Grünen stehen?

Banaszak: Nein, die Grünen stehen immer dort wo sie antreten für das, was für das Land das Beste ist. Und in Baden-Württemberg gibt es andere Herausforderungen

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

als in Mecklenburg-Vorpommern. Und deswegen wäre es doch falsch, diese regionale Identität nicht zuzulassen. Und gleichzeitig muss immer klar sein, wofür die Grünen stehen. Da mache ich mir aber gar keine Sorge. Natürlich diskutieren wir in der Partei und eine Partei, die nicht miteinander diskutieren würde, wäre tot und langweilig. Und ein Vorsitzender einer solchen Partei würde ich gar nicht sein wollen. Und am Ende bleibt es trotzdem so, es gibt mehr, was uns verbindet, als was uns trennt.

Geuther: Sie hören das Interview der Woche im Deutschlandfunk, mit dem Co-Vorsitzenden der Bündnisgrünen, Felix Banaszak. Herr Banaszak, in der kommenden Woche ist der Stichtag, dann wird die neue Bundesregierung 100 Tage im Amt sein. Und sie hat in kürzester Zeit eine Menge an Gesetzgebungsprojekten auf den Weg gebracht, die Ihnen als Ampelgeplagten eigentlich doch Neid und Respekt abverlangen müssten?

Banaszak: Das Problem der Ampel war nicht, dass wir in der Summe zu wenig Gesetze auf den Weg gebracht hätten. Wir haben eine ganze Menge des Koalitionsvertrags umgesetzt – mehr, als es beispielsweise in früheren Regierungen der Fall war. Nur ist ja Masse nicht gleich Qualität. Und ähnlich ist es jetzt auch. Mein Eindruck dieser Bundesregierung ist, dass sie eigentlich eine Koalition der Verdrängung ist. Ich mache es mal an der für uns zentralen Frage des Schutzes der Lebensgrundlagen, der natürlichen Lebensgrundlagen fest. Die Energieministerin stellt die Klimaziele offen in Frage, Friedrich Merz sagt, da hat sie ja auch einen guten Punkt. All die Unternehmen, die in den letzten Jahren sich auf den Weg gemacht haben, Richtung Zukunft zu investieren, die gerne sozusagen Nachsteuerung wollen, weil vielleicht manche Regelung auch ein bisschen sozusagen im Detail geändert werden müsste, müssen jetzt befürchten, dass ihre Investitionen im Grundsatz falsch waren. Die Energiewende wird ausgebremst. Und ich meine, wenn Deutschland ein Problem in den letzten Jahrzehnten nicht hatte, dann zu schnell zu sein. Jetzt haben wir es geschafft, die Energiewende zu beschleunigen und Frau Reiche sagt, wir gucken jetzt, dass wir denen wieder ein bisschen Steine in den Weg legen. Und so geht es durch alle Themen. Also, Friedrich Merz läuft mit einem Selbstbewusstsein durchs Land und sagt, wir sind wieder wer, aber eigentlich meint er da offensichtlich nur sich selbst.

Banaszak: Sie haben noch am Ende der vergangenen Legislaturperiode die Hand gehoben für Änderungen des Grundgesetzes, die der Regierung jetzt ermöglichen, zig Milliarden an Schulden aufzunehmen. Ihnen war dabei eben vor allem Geld für den Klimaschutz wichtig. Jetzt werden mit dem Gaspreis fossile Energien subventioniert. Haben Sie da nicht genug aufgepasst?

Banaszak: Nein, weil es richtig war, dass wir einen anderen Oppositionskurs gefahren sind und weiterfahren werden, als es Friedrich Merz zu seiner Zeit als Oppositionsführer gemacht hat. Die Logik von Friedrich Merz war, er will die Ampel scheitern

sehen, und wenn das Land dann mit vor die Wand fährt, dann sei es eben drum. Und das ist nicht das, was Bündnis 90/Die Grünen als Verantwortungsoption verstehen. Deswegen haben wir, als der Vorschlag für die Grundgesetzänderung kam, gesagt, nein, das machen wir so nicht mit, aber wir verhandeln. Und am Ende kam etwas heraus, was ein gutes Verhandlungsergebnis war: 100 Milliarden Euro für den Klima- und Transformationsfond, eine klare Vereinbarung, dass es eine Mindestinvestitionsquote im Kernhaushalt gibt. Was immer zu befürchten war – aber vielleicht sind wir von einem besseren politischen Stil ausgegangen, als er von dieser Regierung jetzt geprägt wird –, dass diese Mindestvereinbarung, die man in eine Grundgesetzformulierung schreiben kann, jetzt nicht in einer Weise interpretiert wird, dass man jedes Schlupfloch sucht. Und man kann in einer Grundgesetzformulierung nicht ausschließen, dass aus einem Klima- und Transformationsfond auch die falschen Dinge bezahlt werden. Ich würde deswegen sagen, es war richtig, dass wir der Regierung ermöglicht haben, gut zu regieren. Wenn sie diese Chance nicht nutzt, dann kann dafür nicht die Opposition die Verantwortung übernehmen.

Geuther: Aber ist es nicht verständlich, dass sich eine Bundesregierung bemüht, zumal eine, die auch intern Kompromisse machen muss, sich Freiräume zu schaffen?

Banaszak: Es war einfach etwas anderes vereinbart. Die Vereinbarung war, es wird zusätzlich investiert. Was jetzt passiert ist, es wird an vielen Stellen eben nicht zusätzlich investiert. Ich will es an einem Beispiel machen. Sämtliche Investitionen im Bereich der Schiene sind jetzt aus dem Kernhaushalt in das Sondervermögen umgeschichtet worden, damit im Kernhaushalt mehr Platz für neue Autobahnprojekte beispielsweise besteht. Wenn in zwölf Jahren dieses Sondervermögen ausläuft, weiß kein Mensch wie die Deutsche Bahn noch finanziert werden soll. Das ist nicht das, was vereinbart war.

Geuther: Wenn Sie sagen, das ist nicht das, was vereinbart wird, wie hart greifbar ist das? Werden Sie klagen?

Banaszak: Technisch muss man sagen, Bündnis 90/Die Grünen und selbst gemeinsam mit der Linkspartei haben nicht genug Stimmen im Deutschen Bundestag für eine Normenkontrollklage. Das ist das gleiche Problem, was wir bei der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen haben. Der Weg über das Recht ist zumindest für uns eingeschränkt. Deswegen muss es politisch diskutiert werden. Wie gesagt. Vielleicht ist auch ehrlicherweise also nicht alles, was diese Regierung jetzt gerade macht, illegal. Aber es ist trotzdem falsch. Es ist in der Sache falsch. Man kann doch nicht sagen, wir packen Geld in den Klima- und Transformationsfond und dann ändern wir das Gesetz zur Mittelverwendung im Klima- und Transformationsfond so, dass da nicht mehr Klimaschutz, sondern Klimaerhitzung subventioniert wird. Weil, das ist es, wenn man jetzt künstlich dort den Gaspreis absichert. Und es ist doch ab-

surd, dass die Regierung oder dass Union und SPD im Wahlkampf versprochen haben und es in den Koalitionsvertrag reingeschrieben haben, wir senken die Stromsteuer für alle ab, das passiert jetzt nicht und stattdessen wird aber mit Klimageldern der Gaspreis subventioniert. Ich habe einfach die Hoffnung, dass viele Menschen, die das wahrnehmen, die dankbar für die Verhandlungen waren, die unsere beiden Fraktionsvorsitzenden im Frühjahr gemacht haben, sich das merken und das bei ihrer nächsten Wahlentscheidung eine Rolle spielt.

Geuther: Dann machen Sie doch einen Vorschlag, was konkret würden Sie der Regierung gerade entraten?

Banaszak: Es ist unser Vorschlag, die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung gehen an die Bürgerinnen und Bürger zurück. Man könnte es beispielsweise so machen, konkreter Vorschlag für Friedrich Merz und Lars Klingbeil: Mit der Steuererklärung im nächsten Jahr oder mit dem Steuerbescheid für das Jahr 2025 gibt es einen Klimabonus zurückerstattet oder man zahlt ein Klimageld als Einmalzahlung aus – dafür ist jetzt mittlerweile der Mechanismus im Finanzministerium vorbereitet. Aber was wird diese schwarz-rote Regierung vermutlich machen? Die wird sagen, oh Gott, das kann man doch niemandem zumuten! Immer dann, wenn es um die Verhinderung von Klimaschutz geht, merken Konservative nämlich ihr Herz für Menschen mit geringem Einkommen und dann wird der Emissionshandel abgeschwächt, nach hinten geschoben, vielleicht ganz abgeschafft und am Ende ist der Green Deal so löcherig wie die Brandmauer. Und das stößt auf unseren entschiedenen Widerstand, weil es gelingen kann, Klimaschutz sozial gerecht zu machen, und das ist unser Vorschlag.

Geuther: Wir werden beobachten, wie die Regierung damit umgeht. Wir werden beobachten, wie Sie damit umgehen. Und wir könnten jetzt noch über sehr viel anderes sprechen, wofür die Zeit nicht mehr reicht. Herr Banaszak, vielen Dank für das Gespräch.

Banaszak: Ich danke Ihnen.